



BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

BMJ-Z4.205A/0002-I 1/2011

Museumstraße 7
1070 WienTel.: +43 1 52152 2069
E-Mail: team.z@bmj.gv.atSachbearbeiter/in:
Dr. Peter Barth

An das
Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und
Jugend
Stubenring 1
1010 Wien

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Kinderbetreuungsgeldgesetz, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und die Exekutionsordnung geändert werden

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, zu dem im Gegenstand genannten Entwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Es sollte ein Kurztitel und eine Abkürzung davon für die Novelle festgelegt werden.
2. Es wird angeregt, in den Erläuterungen die Gründe für die Streichung der der derzeit in § 290 Abs. 1 Z 10 und § 290a Abs 1 Z 6 EO aufgezählten, im Entwurf aber nicht mehr genannten Leistungen zu ergänzen.


Das Präsidium des Nationalrats wurde von dieser Stellungnahme in Kenntnis gesetzt.

Wien, 25. Oktober 2011

Für die Bundesministerin:

i.V. Dr. Peter Barth

Elektronisch gefertigt

	Datum/Zeit-UTC	2011-10-27T07:06:31+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch signiert. Auch ein Ausdruck dieses Dokuments hat die Beweiskraft einer öffentlichen Urkunde.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: http://kundmachungen.justiz.gv.at/justizsignatur .